



Kiel, 5. Juli 2017

Nr. 164 /2017

Martin Habersaat:

Eingriffe in die Schulstruktur nicht ohne Bildungsdialog

Die SPD-Landtagsfraktion fordert in einem Antrag für die nächste Landtagssitzung, dass wesentliche Änderungen des Schulgesetzes nur stattfinden dürfen, wenn es vorher einen erneuten landesweiten Bildungsdialog mit den Lehrkräften, Schülern, Eltern und weiteren an der Schule Beteiligten gibt. Dazu erklärt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Martin Habersaat:

Der Koalitionsvertrag der schwarzen Ampel sieht umfassende Änderungen im Schulsystem vor, besonders die flächendeckende Rückkehr der Gymnasien zum Abitur nach neun Jahren. Jüngsten Presseveröffentlichungen zufolge sollen sich die Gymnasien bezüglich ihrer Zukunft bereits Anfang 2018 festlegen. Die SPD fordert, dass gravierende Änderungen des Schulsystems in einem landesweiten Bildungsdialog ausverhandelt werden, in dem Lehrkräfte, Schülerinnen und Schülern, Eltern und weiteren Akteurinnen und Akteure ihre Anliegen einbringen dürfen.

Solche Eingriffe dürfen auch nicht unternommen werden, ohne ihre Auswirkungen auf die Schulträger zu berücksichtigen. Gerade die CDU wird einsehen, dass durch ihre Positionswechsel erst von G9 zu G8 und nun von G8 zu G9 den Schulträgern Aufwände entstehen. Konkret: Künftig wird es an den Gymnasien einen zusätzlichen Jahrgang geben, der entsprechende Klassen- und Fachräume benötigt. Es muss mit den Kommunen vereinbart werden, auf welchem Weg ihnen die entstehenden Kosten erstattet werden.

Es muss auch klar sein, dass der vorübergehende Minderbedarf an Lehrkräften nicht dazu dienen darf, Lücken in der Unterrichtsversorgung zu stopfen; diese Stellen müssen den Gymnasien und allen anderen Schulen erhalten bleiben.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Heimo Zwischenberger

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Die neue Koalition hat die Hürde für die Gymnasien, die aus guten pädagogischen Gründen bei G8 bleiben wollen, absurd hoch gelegt. Sie muss sich aber darüber im Klaren sein, dass sie und nicht die Schulen für alle Folgen haften müssen.



Antrag

der SPD

Umstellung des Schulsystems nur mit Dialog und Unterstützung

Der Landtag wolle beschließen:

1. Gravierende Änderungen des Schulgesetzes, dazu zählt beispielsweise die flächendeckende Rückkehr zum Abitur nach neun Jahren, werden im Rahmen eines Bildungsdialoges mit den Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern, den Eltern und weiteren Akteurinnen und Akteuren vorbereitet.
2. Eine flächendeckende Rückkehr zu G9, beginnend mit den Jahrgängen fünf und sechs im Schuljahr 2019/2020, würde zu einem zusätzlichen Jahrgang an den Gymnasien ab dem Schuljahr 2026/27 führen. Das Land erkennt die Konnexität dieser schulgesetzlichen Regelung an und vereinbart mit den Schulträgern rechtzeitig die Bedingungen zur Finanzierung der Her- bzw. Errichtung der erforderlichen Räumlichkeiten.
3. Eine flächendeckende Rückkehr zu G9, beginnend mit den Jahrgängen fünf und sechs im Schuljahr 2019/2020, würde zu einem Minderbedarf an Lehrkräften in den Schuljahren 2020/21 bis 2023/24 führen. Diese frei werdenden Ressourcen sollen den Gymnasien und allen anderen Schularten zugute kommen.

Martin Habersaat

und Fraktion